

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei: Tageblatt Riesa.
Vermerk Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1530
Glocke Riesa Nr. 52.

Nr. 20.

Mittwoch, 24. Januar 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 900.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für bis 80 mm breite, 8 mm hohe Gründriss-Zeile (6 Silben) 80.— Mark; gezeichnete und tabellarische Tafel 80.— Mark. Aufdruck, Nachdruck- und Vermittelungsgebühr 10.— Mark. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage einzogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttagige Unterhaltungszeitlänge "Frühjahr an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Förderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftssache: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der nach Gebote des Stadtvorstandes-Kollegiums aufgestellte VII. Nachtrag zur Gebührenordnung und den sonstigen Bestimmungen für die Heimbürginnen der Stadt Riesa wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Der Rat der Stadt Riesa, am 22. Januar 1923.

St.

VII. Nachtrag zur Gebührenordnung und fonthas.

Riesa, am 16. Januar 1923.

Bestimmungen für die Heimbürginnen der Stadt Riesa vom 12. Februar 1918.

I. Die im V. Nachtrag vom 22. September 1922 festgelegten Gebührensätze werden

(a.) Der Rat der Stadt Riesa.

Dr. Scheider, Bürgermeister.

Öffentliches und Sächsisches.

Riesa, den 24. Januar 1923.

— Rätschlägerbericht über die gestern abend von 8 Uhr ab in der Oberstabschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtvorstände. Vom Kollegium fehlte Herr Stadtv. Braune. Am Rätschlägerbericht hielten Herr Bürgermeister Dr. Scheider, Herr Stadtrat Gutader und Herr Stadtratsrat Quennelmaier Platz genommen. Der Sitzungsraum war gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Günther.

1. Die von Boppitz und Mergendorf erneut beantragte Gründung einer Fortbildungsschule ist abgelehnt worden. Den Gemeinden soll angeboten werden, die in Frage kommenden S. Fortbildungsschüler der dienten Fortbildungsschule zu überweisen und das Fremden Schulgeld für sie zu entrichten. Das Kollegium beschloß in gleichem Sinne.

2. Der 21. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, der die Bestimmungen über eine obermalige Erhöhung der Wandlerabreise u. a. enthält, wurde genehmigt. Ebenso wurde den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft über die Abänderung des eingereichten Nachtrages zur Hundesteuer entsprochen.

3. Die Kosten für die Beschaffung eines Kupfernen Wahlkessels für das Stadtkrankenhaus haben sich von 185000 M. auf 205000 M. erhöht. Der Mehraufwand wurde nachv. willist.

4. Herr Stadtv. Scheider berichtete über die Notwendigkeit der Verstärkung der Betriebsmittel des Gaswerkes. Aus einem Schreiben der Direktion ging hervor, daß ein Beitrag von 5 Millionen ungedeckt ist, daß dieser Beitrag eine Erhöhung aber noch dadurch erfahren hat, daß in der letzten Sitzung die Vorababrechnung von Gaszins abgeschlossen worden ist. Nach einem Ratsbeschluß soll die Verstärkung der Betriebsmittel durch Erhöhung der kurzfristigen Anleihe bei der Kreditanstalt Sach. Gemeinden von 8 auf 9 Millionen Mark herbeigeführt werden. In der Ausprache wurde von der Linke der Wunsch geäußert, daß in der nächsten Ausschüttung eine genaue Geschäftsaufklärung vorgelegt werden möchte. Herr Bürgermeister Dr. Scheider machte darauf aufmerksam, daß diese Idee bei der letzten Gaspreiserhöhung vorgelegen habe und bewirkt außerdem u. a. noch auf Ausführungen des Herrn Stadtv. Beier, Geschäftsführer über Beamte münzen, ehe sie in aller Deutlichkeit vor dem Stadtvorstand-Kollegium verhandelt würden, erst an den Rat gebracht werden. Herr Beier erklärte, er sei an seinen Ausführungen über die Betriebleitung des Gaswerkes in der letzten Sitzung durchaus berechtigt gewesen. Er hätte auch keinen persönlichen Charakter gehabt. Dem Ratsbeschluß wurde hierauf begegnet.

5. Der zuständige Ausschuss hat beschlossen, mit Rücksicht auf die herrschende Tenerierungswirtschaft die Sozialrentenempfänger-Unterstützung grundsätzlich so zu bemessen, daß das Wohlfahrtsinstitut mit Wirkung ab 1. Dezember jährlich erreicht 48200 M. für Invalidenrentner, 34200 M. für Witworentner und 19200 M. für Wohlfahrtsrentner. Unterstützung ist nicht zu gewähren, wenn ein Sozial- oder Angehörigenversicherungsrente beginnt, dessen Ehegattin und bei einem Witworentner die Mutter ein Jahresseinkommen von 72000 M. und darüber besitzen. Der Rat ist diesem Auschlußbeschluß beigetreten und das Kollegium beschloß in gleichem Sinne.

6. Das Reich hat als einmalige Unterstützung für die Sozialrenten unter der Stadt 78287 M. zur Verfügung gestellt. Ein Fünftel dieser Summe, 15647 M., hat die Stadt zu tragen. Der zuständige Ausschuss und der Rat haben beschlossen, den Betrag nicht in Waren, sondern in bar auszugeben. Das Kollegium trat diesem Beschlusse bei.

7. Dem Ratsbeschluß, daß die Beiträge, die zur Notgemeinschaft gezeichnet werden, auf die Sozialabgabe in Rechnung kommen sollen, wurde vom Kollegium begegnet.

8. Bugekannt wurde der Erhöhung des Einlegerzinses bei der Sparkasse auf 4% und des Hypothekenzinssatzes auf 10%.

9. Genehmigung land der 4. Nachtrag zum Statut des 22. Geburtenbezirks, der eine Erhöhung der Unterstützung der im Ruhestande befindlichen Geburtenmutter vorstellt.

10. Das Stadtbauamt hat zur Vornahme von Ratsstandsarbeiten folgende Vorschläge gemacht: 1. Aufräumung des Hofgeländes in der vornehmen Ritterstraße 2/68 an der Boppitzer Straße, 2. die gründliche Ausbesserung von schadhaften Straßen, 3. Herstellung von Straßenbelägen, 4. Bereitstellung der großen Gebäude auf baufälligem Grundstück 10. Der Rat hat die Ausführung der Vorschläge unter 1 und 3 beschlossen. Insoweit die hierzu erforderlichen Mittel nicht aus den produktiven Gewerbelebensmitteln gedeckt oder aus dem Verkauf des genutzten Materials ergiebt werden, soll ihre Bereitstellung erfolgen. Zunächst sollen 8% Millionen Mark bewilligt werden. Bei geeigneter Witterung soll auch die Ausführung der Vorschläge unter 2 und 4 in die Wege geleitet werden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider meinte, wenn behauptet werde, der Rat habe nur um Ratsstandsarbeiten nicht gesummert, so sei das falsch; denn schon vor Monaten habe er diese Frage erörtert. Als die Ratsstandsarbeiten eingelegt habe, sei sofort nach ausliegenden Rechteinheiten Umbau ansetzen

worden. Wie ihm bekannt geworden sei, stehe auch eine wesentliche Erhöhung der Unterhaltsförderung für Erwerbslose bevor. Aber es sei selbstverständlich, daß den Erwerbslosen der Verdienst durch Arbeit lieber sei als die Unterhaltung. Bei der jetzigen Witterung sei in Ratsstandsarbeiten nicht viel Auswahl. Mit dem Projekt in Ritterstraße 2/68 bietet sich aber eine Ratsstandsarbeit, die nicht ganz unproduktiv sei. Das dort gewonnene Material lasse sich gut wieder verwenden. Das Schmiedegedämm und das Krankenhausgebäude wolle die Stadt selbst durch Abbruch verwerten, und diese Arbeit werde jeder Arbeitslose verrichten können. Wenn noch auf den Abbruch des Kleithauses und Hammergebäudes zugekommen werde, dann würden auch bei diesen Arbeiten Erwerbslose beschäftigt werden, selbst wenn Betriebsunternehmer mit dem Abbruch betraut würden. Vielleicht stelle das Reich Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung, zumindest aber würden Mittel aus dem Verkauf des gewonnenen Materials erzielt werden. Um aber auf jeden Fall die Finanzierung dieser Ratsstandsarbeiten sicherzustellen, sollte der Großteil aus dem Verkauf des Hammer- und Kleithausgebäudes hierfür in Ansicht genommen werden. Damit werde für die nächste Zeit Abbau geschaffen sein. Bei größerer Arbeitslosigkeit könne die Belebung der großen Erdalde am Bahnhof in Betracht gezogen werden. Herr Stadtv. Beier macht erneut darauf aufmerksam, daß noch immer Frauen beschäftigt würden, deren Männer wollen Erwerb hätten. Er verlangt, daß an deren Stelle Frauen eingestellt werden, die Kinder zu ernähren haben und denen Herrn Günther zur Seite steht. Es würden hier auch noch immer Leute beschäftigt, die auswärts wohnen und zu Hause einen Gewerbe finden könnten. In ihrer Stelle sollten dieleigen Arbeitslose eingestellt werden. Derartige Zustände könnten einmal dazu führen, daß Dinge passieren, die wir nicht wünschen. — Die Vornahme der Ratsstandsarbeiten wurde hierauf genehmigt.

11. Die Geldentwertung und die Erhöhung der Verförderungskosten haben die Sächsische Landesbühne veranlaßt, um Erhöhung des Gründerdarlehens von 30000 auf 100000 Mark nachzusuchen. Der Rat hat das Gesuch genehmigt. Herr Bizevorsitzender Mende erklärt, die Rechte stimme für diesmal noch zu, die jetzige Zeit nötige aber dazu, und an derartigen Kulturreinrichtungen zu sparen. Herr Vorsteher Günther erklärt, auch innerhalb der Linien seien die Meinungen geteilt gewesen. Immerhin aber müsse man versuchen, derartige Kulturreinrichtungen so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Herr Bürgermeister Dr. Scheider begründete eingehend die Notwendigkeit der Erhöhung des Gründerdarlehens und wies auf die Bedeutung und den Wert des Unternehmens für das Land hin. Es sei Aussicht dafür vorhanden, daß die Sächsische Landesbühne auch aus Staatsmitteln einen Beitrag erhalte. In der vergangenen Spielzeit habe das Unternehmen verhältnismäßig gut abgeschnitten, so daß man hoffen könne, es über die schwierige Zeit hinwegzubringen. Herr Stadtv. Beier holt für Unterhaltung des Unternehmens ein. Herr Stadtv. Schumann begrüßte es, daß der Weg der staatlichen Unterstützung beschritten werden solle. In seinen weiteren Ausführungen sprach er u. a. den Wunsch aus, die hier ins Leben gerufenen Theatergemeinde möge davon absehen, Mittel aufzuprägen, sondern sie in irgend einer Weise der allgemeinen Kunstpflege zuzuführen. Herr Stadtv. John meinte, das An- und Abfahren der Wagen der Landesbühne könne vielleicht durch das Rittergut geschehen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider legte dar, aus welchen Gründen die Sächsische Landesbühne jetzt erst den Staat um Unterhaltung angehen könne. Die Theatergemeinde werde sich auch für andere künstlerische Veranstaltungen einsezten, zunächst aber sei es notwendig, daß sie einen Fonds anstelle. Die Vorlage wurde hierauf angenommen.

12. Die Beschaugebühren auf dem Schlachthof sollen in der Höhe erhöht werden, wie sie vom Ministerium alle 4 Wochen in der "Sächs. Staats-Ztg." bekannt gegeben werden. Die Schlachtabföhren sollen das Dreifache der Beschaugebühren betragen.

13. Von der Errichtung einer Ammoniakanlage im Gaswerk soll der hohen Kosten wegen zurzeit abgesehen werden.

14. Verschiedenes. Der Rat hat sich dem Beischluß des Kollegiums, 800000 Mark zur Beschaffung von Särgen u. a. bereitzuhalten, angegeschlossen. — Von einem Bericht über die Abwidmung der Schulindustrie-Pflanzung wurde Kenntnis genommen. Daraus war zu entnehmen, daß die Spaltung im allgemeinen ordnungsmäßig von Seiten geht. — Herr Vorsteher Günther macht darauf aufmerksam, daß Butter, die die Molkerei von auswärtig beschafft, in der Molkerei erst molkertümlich behandelt wird. Wenn die Butter dann beim Kauf in Papier mit dem Aufdruck der heiligen Molkerei eingeschlagen wird, so sei daraus nicht zu folgern, daß es heilige Butter sei. — Herr Schönborn regt die Errichtung von Wärmhäusern und die Einrichtung von Waschsalons an. — Die heiligen Gefangenvereine haben um Auskunft darüber gebeten, in welcher Weise die Heile des 800-jährigen Bestehens der Stadt geplant sei. Herr Vorsteher Günther meint, vielleicht könne die Heile mit der Einweihung des Stadtmuseums verbunden werden. Eine größere Heile werde wohl der Werk der Zeit verhindern. Herr Bizevorsitzender Mende ist der gleichen Meinung. Aber die jetzige Zeit braucht es nicht unmittelbar zu machen.

dass die Stadt das Jubiläum feiere. Die interessierten Kreise der Stadt möchten zusammenrufen werden, um zu beraten, wie das Jubiläum an einer eindrucksvollen Art gestaltet werden könnte. — Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

— Massenball. Wir werden gebeten, auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die sächsische Schülergesellschaft sich entschlossen hat, den für kommenden Sonnabend geplanten und bereits im Dezember beobachtlich genehmigten öffentlichen Massenball, um vor allem den in Frage kommenden gewerblichen Kreisen entgegenzutreten, bestimmt abzubauen. Der Überblick der Veranstaltung soll dem Stadtrat zu Riesa für mögliche Zwecke überwiesen werden. (Mehreres siehe Anmerkung.)

— Die Genehmigung von Tanzfeierlichkeiten u. a. Die Amtshauptmannschaft Großenhain schreibt uns: U. u. Gastwirten, Vereinen u. a. anekdotische Gefüße zu ersparen, wird die Amtshauptmannschaft mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit die Genehmigung zu Tanzfeierlichkeiten an außerregulationsmäßigen Tanzstagen bis auf weiteres nicht mehr erteilen und sie auch bei der Genehmigung von anderen Lokalbetrieben, Lokalitäten u. a. äußerer Zurichthaltung außer acht lassen. Eine Genehmigung zum Nebenkreis der Polizeikunde wird in keinem Falle erteilt.

— Protestversammlung gegen die Lieber-Abstinentenbewegung und das Schankstättengebot. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Garungsindustrie und des Schankstättengewerbes, umfassend den Bezirk Meißen mit den Städten Rösen, Böhlen, Siebenlehn, Lommatzsch, sowie die Bezirke Riesa und Großenhain und die großen Gemeinden Coswig und Weinböhla, halten am kommenden Donnerstag in der Geibelburg in Weinig (1/4 Uhr nachmittags) eine Protestversammlung an gegen das Schankstättengesetz und die Überprüfung der Abstinenzbewegung. In einer Sitzung von Interessen des Gastwirts- und Hotelgewerbes, des Saalbauwesens, der Brauindustrie, des Destillationsgewerbes, der Brennereien, der Weinbauherrn und Weinböhla, weiter der Vertreter der Angestellten und Arbeiter dieser Industrien und Gewerbe wurde einstellig der Beschluss gefaßt, sich energisch zur Wehr zu setzen gegen die Untergrabung ihrer Existenz durch Maßnahmen ähnlicher Art wie sie die fehlgeschlagene amerikanische Prohibition erzeigt hat. Sämtliche Schankstätten bleiben an diesem Tage nachmittags geschlossen. Da die Behandlung obiger Fragen für die Arbeitgeber wie Arbeitnehmer obiger Branchen von lebenswichtiger Bedeutung ist, wird mit starker Befürchtung gerechnet. Auch Gastwirten haben zu der Versammlung Zutritt.

— Sächsische Landesbühne. Die Kettartenausgabe für die zweite Spielzeit der S. L. hat bereits eingesetzt. Da die Befreiung auch für dieses Jahr eine sehr große ist, ist es im Interesse des Publikums, sich rechtzeitig die Plätze zu sichern. Die Ausgabe der Kettarten erfolgt nur an Mitglieder der S. L. (Gründungs-, stiftende, Fördernde und Einzelmitglieder), sowie an Mitglieder der körperlich angeschlossenen Vereinigungen an die Sächs. Landesbühne unter Voreiung eines Passworts beim S. L.-Mitgliedskarte. Buchhandlung Hoffmann, Riesa, Hauptstraße, hat die Kettartenausgabe, sowie den Lagerverkauf.

— Sächsische Landesbühne. Die Kettartenausgabe für die zweite Spielzeit der S. L. hat bereits eingesetzt. Da die Befreiung auch für dieses Jahr eine sehr große ist, ist es im Interesse des Publikums, sich rechtzeitig die Plätze zu sichern. Die Ausgabe der Kettarten erfolgt nur an Mitglieder der S. L. (Gründungs-, stiftende, Fördernde und Einzelmitglieder), sowie an Mitglieder der körperlich angeschlossenen Vereinigungen an die Sächs. Landesbühne unter Voreiung eines Passworts beim S. L.-Mitgliedskarte. Buchhandlung Hoffmann, Riesa, Hauptstraße, hat die Kettartenausgabe, sowie den Lagerverkauf.

— Der Brotpreis. Die Reichsgesetzestelle verbreitet auf Anfrage der Sächsischen Landesbühne folgende Erklärung: Im Wirtschaftsjahr 1921/22 betrugen die Kosten der Reichsgesetzestelle genau 23,47 Mark auf die Tonne Brot. Der Brotzettel, d. i. einen Brottag auf ein Bünd Brot auf den durchschnittlichen Markenpreis im Wirtschaftsjahr 1921/22 von 2,84 Mark für ein Bünd, also 3,5 v. H. auf den durchschnittlichen freien Brotpreis im Wirtschaftsjahr 1921/22 von 5,80 Mark für ein Bünd 1,9 v. H. An dem durchschnittlichen Preis für Freigetrade im Wirtschaftsjahr 1921/22 von 8140 Mark für die Tonne genommen, beträgt der Unkostenztag 3 v. H. Die Heraufziehung des freien Marktpreises ist geboten, da sich die Weißbrotzettel nach den seitwirtschaftlichen Verhältnissen richten. Im Wirtschaftsjahr 1922/23 betrugen die bisher erwähnten Kosten der Reichsgesetzestelle genau 77,17 Mark für die Tonne Getreide. Das ist 8% Brottag auf ein Bünd Brot (auf den durchschnittlichen Markenpreis ab 16. August bis Ende November von 15,20 Mark für ein Bünd also 2,3 v. H.), auf den durchschnittlichen Preis für freies Brot von 7,60 Mark für ein Bünd 0,5 v. H.). An dem durchschnittlichen Preis für Freigetrade in der Zeit Juli-November 1922 von 98,60 Mark für die Tonne genommen, betrugen die Getreidezettel 8,8 v. H. Die Weißbrotzettel der Reichsgesetzestelle sind also im Verhältnis ganz beträchtlich gesunken. Der Rest des Brotzettels entfällt auf den Anteil des deutschen Landwirtschafts, auf die Kosten des Auslandsgesetzes, auf Wahl- und Badelöhne und auf die Kosten der Frachten und Beförderung u. a. — Den höchsten Kosten bilden hierbei natürlich die Kosten des Auslandsgesetzes, durch die das Brot und — für ungünstige Beurteilung — scheinbar auch die Vermitteltätigkeit der Reichsgesetzestelle so teuer wird.

— Der neue Freiberger Amtshauptmann. Die "Sächsische Staatszeitung" schreibt über den neuen Amtshauptmann von Freiberg Johannes Schirmer u. a. folgendes: In Dresden wurde Schirmer in den Aussichtsrat des Konsumvereins und 1908 als Vorsitzender nach Sebnitz gewählt. 1909 wurde er für den Wahlkreis Pirna-Schönfeld als Landtagsabgeordneter aufgestellt. 1918 war er Geschäftsführer.

Führer der Volksleitung in Wien. Hier verwaltete er auch die Stelle des Arbeitserkretärs im Nebenamt, bis er zum Deputé eingesetzt wurde. 1919 wurde er Stadtverordneter in Wien und Mitglied des Bezirkstages und des Bezirksausschusses. In der Stadtverwaltung in Wien ist er Mitglied des Verfassungs- und Vorstandes des Finanzausschusses und hat bei im Bezirk insgesamt auf dem Gebiete des Ernährungswesens und der Wohlfahrtspflege tätig. Im Jahre 1921 wurde er Vorsteher des Stadtverordnetenkollegiums und als solcher ist nach zweijähriger Tätigkeit einstimmig wiedergewählt. Im Jahre 1920 wurde er zum Reichstag abgeordneten gewählt und legte daher das Amt als Mitglied des Bezirksausschusses nieder. In der Bezirksversammlung ist er jedoch nach wie vor als 2. Vorsitzender tätig. Schreiter ist außerdem Mitglied des Vorstandes vom Sächsischen Gemeindetag und des Vorstandes des Reichs-Städtebundes.

Dritte Sächsische Landwirtschaftliche Woche 1922. In Nassen krönten Sachsen's Landwirte aus allen Teilen des Freistaates am Montag zu ihrer hoffteten Heiratsfeier nach dem Dresdner Festspielhaus. Der große Konzertsaal vermittelte kaum die Menge der Besucher zu fassen. Geheimrat Dr. Adalbert Braunsdorf, der Vorsitzende des Landeskulturrates, eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten. Er gab einen kurzen Rückblick auf die verlorenen schweren Zeiten und lobte seine Worte in folgender hämisch aufgenommener Entschließung zusammen: "Im schroffen Widerpruch zum Völkerrecht und unter Verleugnung aller vertraglichen Bestimmungen, ist der Franzose in das Autogebiet eingedrungen. Mit Gewalt sucht er das Rechte aus uns herauszupressen. Deutschland ist dem Untergang geweiht, wenn es sich willlos jedem Untergang unterwirft. Das darf nicht sein. Wir müssen den feindlichen Willen der Vernichtung den Willen der Selbstbehauptung entgegensetzen. Die versammelten Landwirte Sachsen's begrüßen es deshalb mit Genugtuung, daß die Reichsregierung diesmal fest geblieben ist und alle unberechtigten Anforderungen mit Entschiedenheit zurückgewiesen hat. Sie erwarten unverzüglich, daß an diesem Standpunkt unerschütterlich festgehalten wird. Der Dank des ganzen Vaterlandes geht vor allem der Schamlosförderung des Kriegsministers, die durch manhaftes Ausstreuen sich als echt deutsch zeigt. Die sächsischen Landwirte stehen treu zum Reich und gehören in dieser ersten Stunde erneut, daß für alles, was in ihren Händen steht, tun werden, die infolge der brutalen Gewaltspolitik Frankreichs herunterbrechende Not zu hindern. Nach Annahme der Entschließung erhält das Wort der Hauptredner des Tages, der Direktor der preußischen Bauernlandwirtschaftskammer Delmonier Dr. v. Altenrode, zu seinem Vortrage über die Wirkung der Geldentwertung auf die Landwirtschaft. Er erinnerte an das Wort Friedrich des Großen: "Ein günstiger Weckfelder ist ein großes Glück für einen Staat." Das Gegenstück zeigt sich jetzt bei uns. Es ist das Zeichen einer hilflosen Regierung, wenn sie die äußeren Verpflichtungen durch stärkste Finanzabnahme der Rentenversicherung zu erfüllen sucht. Infolge der Geldentwertung ist es jetzt für die Landwirtschaft kaum noch möglich, die so notwendigen ausländischen Saisonarbeiter zu erhalten. Dann gebührt der Regierung dafür, daß sie gegen die immer höher steigenden Deputationsansprüche der landwirtschaftlichen Arbeiter austrete. — Danach sprach Medizinalrat Professor Dr. Richter von der Tierärztlichen Hochschule Dresden über die Ursachen und die Bekämpfung der Unfruchtbarkeit des Kindes. Mittags 12 Uhr fand die öffentliche Haubüberzählung des Landesvereins Sachsen für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege statt. Geheimrat Dr. Salo eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten und wies darauf hin, daß die heilige Pflicht unseres schwer geprüften Volkes sei, der sich seiner einzischen dünne. Das werde dazu beitragen, die Klassengrenzen auszugleichen und der Abwanderung in die Großstädte vorzubeugen. Ökonominerz Lünke, Berlin, sprach über neue Aufgaben für die Jugend- und Wohlfahrtspflege auf dem Lande und wies auf das vorbildliche Wirken Heinrich Schmitz hin. Auch er trat dafür ein, daß die Heimatpflege bei uns noch weiter an Boden gewinnen müsse. Staatliche Einrichtungen allein genügen aber nicht, die Haublaide sei, daß jeder einzelne sein Herz strecken lasse. Zu begrüßen sei es, daß Sachsen mit seinem Gesetz vom 30. Mai 1918 in der ländlichen Wohlfahrtspflege Pionierarbeit geleistet habe. Auf die Hilfe des Auslands durfte nicht verzichtet werden. Redner mahnte zum Schutz in ersteren Worten, Menschenliebe und Brüderlichkeit zu pflegen und zu den Sitten der Altväter zurückzuführen. Am Nachmittag fand noch im Kunsthause die Hauptversammlung des Landesverbands Sächsische Herdbuchgesellschaft statt, in welcher Tierzuchtpionier Peters aus Königsberg i. Pr. die Frage erörterte, "Entwickelt das heutige Fuchstier für schwarzwärtiges Rüdenhaltungsviel den modernen Anforderungen?" Der Landesstaatbananen für Sachsen hat eine hochinteressante Ausstellung eröffnet über sämtliche Getreidearten, vornehmlich Kartoffeln, tierische Schädlinge usw. Die Sächsische Maschinen- und Gerätegenossenschaft, sowie die im Vorjahr gegründete Sächsische Baugenossenschaft sind ebenfalls mit höchst lebenswerten Ausstellungen vertreten. Die letztere führt vor allem neue Stoffe vor, besonders Dürrs bewohntes Bauerntum. Im Laufe der Woche findet auch eine Versammlung aller sächsischen Jäger und an der Jagd interessierten Kreise statt, um zu den dem Landtage vorliegenden Abänderungsanträgen zum Jagdrecht Stellung zu nehmen. — Der gestrige Tag stand unter dem Zeichen der unbedingt notwendigen, der jetzigen entsprechenden Bodenreform. Das Interesse für die gestrigen Vorträge war auch ein weit größeres, als an vorgestrigen Tage. Buerst sprach Universitätsprofessor Dr. Keppel-Bonn über die Verkürzung des Ackerbodens, ihre Folgen und ihrer Bekämpfung und bewies, daß schon eine sinngemäßige Übung eine starke Verbesserung des Bodens mit sich bringe. Er wies gleichzeitig auf die bahnbrechenden Untersuchungen Krobes hin und stellte Dänemark als Vorbild in Bezug auf Bodenuntersuchung hin. — Hieran anschließend sprach Dr. Hartel von der Geologischen Bundesuntersuchungsanstalt Leipzig, der mitteilte, daß seit einem Jahre die geologische Landesuntersuchungsanstalt Leipzig ebenfalls Bodenuntersuchungen vornehmen kann. Sommer besitzt bekanntlich das erste Institut für Bodenbearbeitungsforschung. Den 3. Vortrag hielt Dr. Rüger-Sternach i. B., der das Thema behandelte, "Dann mit Hilfe einer wesentlich verbesserten Landwirtschaft die in ganz Deutschland bestehende Fett- und mildebrandende die Erneuerung bedienen werden?" Obenfalls an Hand von Bildern zeigte er, welche Maßnahmen zur Erneuerung der Wiesen- und Weidewirtschaft vorzunehmen wären müssen, um unserer Wiese noch mehr Nutzen und Fett zu föhren zu können.

Die Internationale Elbetkommission kam Sonnabend zu einer neuen Tagung in Prag an-

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 21745 Mark.

Kommengesetz, in der über die Elbe-Gerichtshofzeit, das Recht der Elbe-Gerichtshof und andere Sachen beraten wird. Die Tagung dauerte eine Woche im Antritt nehmen. — **Staatsagentur für den Außenhandel.** Das Österreich-Ministerium hat angeordnet: In jeder Schule sind Magnetafel mit den neuen Reichssymbolen anzubringen. Die Landesabteilung Sachsen des Reichsrates hat Heimabteilung in Dresden hat Tafeln zum Preise von 10 Mark vorrätig.

Dresden. Den von der Presse verbreiteten nichtamtlichen Mitteilungen über den Scheichswandler Bernd Edelmann ist noch anzufügen, daß dieser jene Tötlichkeit über ganz Deutschland entlastete. Mit dem Schießbuch einer Dresdner Bank ausgestattet, besuchte er größere und kleinere Märkte. Er kaufte Fleisch- und Leberwaren und bezahlte mit verschloßen gefüllten Scheinen. Die Waren brachte er vorzüglich an den Mann, das erhaltenen Geld verbrauchte er. Mit seiner Geliebten wohnte er als Direktor Edelmann in einer Dresdner Pension und saß in einer Bla in der Nähe des Weissen Turms. Er befand sich meistens auf Reisen, fuhr Schnellzug 1. und 2. Klasse und benutzte gern Automobil zu seinen Geschäftsgängen. Auch hatte er sich einen Dienner angestellt, weil ihm angeblich geschäftliche Verpflichtungen dazu zwangen. Ab und zu kam er nach Dresden, reiste aber bald wieder ab. Edelmann legte sich verschiedene Namen bei. Er trat als Graf von Preussen, Banddirektor, Kaufmann Matthes, Proletarier Namen, Kindergarten und habe weiter Edelmann auf. Mit Garderobe war er entsprechend verkleidet, dazu brachte er Kleidung. Aber auch als Arzt schien er Gastrollen gegeben zu haben. Denn in seinem Bettlager befanden sich ärztliche Instrumente und Blätter. Als die Dresdner Scheine aufgegangen waren, eröffnete er bei der American Express Company, Berlin, ein neues Konto und erhielt abwechselnd ein Schreibbuch. Jetzt spielt er die Rolle eines amerikanischen Offiziers und nannte sich Rollins und Johnstone und beschrieb sich als Angehöriger der Internationalen Militärkontrollkommission. Die Betrügerinnen mit letzteren Scheinen belauerten sich auf viele Millionen. Es steht zu vermuten, daß er auch hier Beträgerinnen verübt hat. Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, wollen dies noch umgehend nachholen. Das Risiko des Beträgers ist im Schauspiel des Polizeivölklums ausgehangt.

Dresden. In der Zeit vom 20. bis 21. Januar wurde einer Privata in der Nürnberger Straße ein schwarzer Dokumentenmonte mit Domkrüppel und Seidenstricken im Werte von 800 000 Mark gestohlen. Vermutlich kommt ein Nachschlüsselbündel als Täter in Frage, der in den späten Nachmittagsstunden die Vorläufigkeit mit Sperrzettel geöffnet und die Kleidungsstücke von der Garderobe wegzieht. Auf diese Weise wurden in einem anderen Grundstück in der Nürnberger Straße auch zwei wertvolle Herrenpelze und aus einer Wohnung in der Oberkette ein Überzieher und mehrere Frauenkleidungsstücke gestohlen. — Am 20. Januar 1923 ist hier der Diener Hieronimus Stollai, am 25. 9. 1892 in Karlsruhe Kreis Heilbronn in Schlesien geboren, leitgenommen worden. Dieser hat seit Oktober 1921 in zahlreichen Orten Deutschlands Stellung als Diener bei Herrschaften angenommen und ist nach einigen Tagen unter Annahme der Silberachen verschwunden.

Bauen. Steckbrieflich geliefert wird von der bietigen Staatsanwaltschaft der aus Buttstädt in Thüringen gebürtige 20 Jahre alte, auklet in Orlitz aufzählt gewesene Reisende Arne Weyland, der Unterschlagungen in Höhe von 4 500 000 Mark begegnet hat. Für Festnahme des Flüchtlings und Wiedererlangung des Geldes sind bis zu 300 000 Mark Belohnung ausgeschlagen. Weyland ist 175 Meter groß und besitzt ein Glasauge.

Görlitz. Montag wurden auf einem Grundstück in der Rothenburger Straße beim Abschaffen von Erdmassen drei Personen durch nachstürzende Erdmassen verschüttet. Eine Person konnte sich retten, während eine 27-jährige Magd und ein 19-jähriger Knabe als Leichen geborgen werden konnten.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 24. Januar 1923.

Ein schweres Unglück in Berlin.

Berlin. Über ein schweres Unglück im Geschäftshaus Rudolf Wölfe, Ecke Schützen- und Jerusalemer Str., wird berichtet: Deute vormittag gegen 10 Uhr brach ein 16 qm großes Stück Fußboden des neuaugebauten 4. Stock, der ausreichend überlastet war, zusammen. Die Schuttmassen schlugen sämtliche Decken bis zum 1. Stock durch. Die sofort erschienene Feuerwehr hat bisher 8 Tote und 14 Schwerverletzte geborgen. Es ist aber anzunehmen, daß unter den Toten noch eine Anzahl Leichen sich befindet. Der internationale Transportarbeiterverband gegen die Ruhrtaktion.

Amsterdam. Am Montag und Dienstag hielten hier die Vorstände des internationalen Transportarbeiterbundes Versammlungen ab. Es wurde u. a. beschlossen, daß in allen Ländern eine energische Propaganda gegen die Politik geführt werden soll, die ihre Neuherzung in der Bevölkerung des Ruhrgebietes findet.

Die französischfeindlichen Kundgebungen in München.

München. Wie die Blätter melden, hat die Generaldirektion des Hotels "Vier Jahreszeiten" in München sämtliche im Hotel wohnenden Franzosen und Belgier, darunter sämtliche Entente-Kommissionärsmitglieder aufgefordert, das Hotel bis heute abend 6 Uhr zu verlassen. Das gesamte Personal des Hotels verweigerte jede Dienstleistung an die Franzosen und Belgier. Bis gestern abend waren die französischen und belgischen Mitglieder der bietigen Entente-Kommissionen nicht wieder in die "Vier Jahreszeiten" zurückgekehrt, haben aber die Erklärung abgegeben, weiter in dem genannten Hotel wohnen zu wollen. Die Hoteldirektion wird vorläufig auf Anwendung von Gewalt zur Entherrnung der Herren aus dem Hotel auf Anraten der bayerischen Staatsregierung verzichten, die Beschluß aus Berlin abwartet will. Die von der Mahnabme betroffenen Entente-Kommissionärsmitglieder haben einen Brief an General Rollé gerichtet. Das Personal der übrigen Münchner Hotels erklärte sich in der Nichtbeobachtung und Nichtverfügung der Belgier und Franzosen mit dem Personal der "Vier Jahreszeiten" solidarisch. Der Verband bayerischer Volkshausbesitzer hat seine Mitglieder mit Rücksicht auf das brutale Vorgehen der Franzosen und Belgier im Ruhrgebiet zur Abhaltung des folgenden Treffens angewiesen: Franzosen und Belgier nichts mehr zu verabreichen, als französischen und belgischen Zeitungen aus den Lokalen zu entfernen, französische und belgische Seide nicht mehr einzunehmen oder umzuwechseln und französische und belgische Waren nicht mehr einzukaufen oder zu verkaufen.

Der Bruch gegen die Reichsbahndirektoren.

Paris. Der Sonderberichterstatter des "Journal des Débats" schreibt über den bevorstehenden Bruch gegen

die Reichsbahndirektoren: Was jetzt geschehen sollte, so sollte darauf hingewiesen werden, wieviel besser es wäre, daß Reichsbahndirektor Grimaux aus Wien eine höchst umfangreiche Summe hat es ganz logisch, daß die Militärjustiz es besonders gern habe. In dem vorliegenden Falle handelt es sich indessen um besonders keine Rechtsfragen. Über die Reichsbahndirektor Grimaux aus Wien eine höchst umfangreiche Denkschrift erachtet habe, die vielleicht einer ordentlichen militärischen Befreiung bedürfe. Dieses Argument allein müßte genügen, um die Aburteilung Abwesens und der übrigen mit ihm festgenommenen Direktoren aufzuheben.

Dresden. Den von der Presse verbreiteten nichtamtlichen Mitteilungen über den Scheichswandler Bernd Edelmann ist noch anzufügen, daß dieser jene Tötlichkeit über ganz Deutschland entlastete. Mit dem Schießbuch einer Dresdner Bank ausgestattet, besuchte er größere und kleinere Märkte. Er kaufte Fleisch- und Leberwaren und bezahlte mit verschloßen gefüllten Scheinen. Die Waren brachte er vorzüglich an den Mann, das erhaltenen Geld verbrauchte er. Mit seiner Geliebten wohnte er als Direktor Edelmann in einer Dresdner Pension und saß in einer Bla in der Nähe des Weissen Turms. Er befand sich meistens auf Reisen, fuhr Schnellzug 1. und 2. Klasse und benutzte gern Automobil zu seinen Geschäftsgängen. Auch hatte er sich einen Dienner angestellt, weil ihm angeblich geschäftliche Verpflichtungen dazu zwangen. Ab und zu kam er nach Dresden, reiste aber bald wieder ab. Edelmann legte sich verschiedene Namen bei. Er trat als Graf von Preussen, Banddirektor, Kaufmann Matthes, Proletarier Namen, Kindergarten und habe weiter Edelmann auf. Mit Garderobe war er entsprechend verkleidet, dazu brachte er Kleidung. Aber auch als Arzt schien er Gastrollen gegeben zu haben. Denn in seinem Bettlager befanden sich ärztliche Instrumente und Blätter. Als die Dresdner Scheine aufgegangen waren, eröffnete er bei der American Express Company, Berlin, ein neues Konto und erhielt abwechselnd ein Schreibbuch. Jetzt spielt er die Rolle eines amerikanischen Offiziers und nannte sich Rollins und Johnstone und beschrieb sich als Angehöriger der Internationalen Militärkontrollkommission. Die Beträgerinnen mit letzteren Scheinen belauerten sich auf viele Millionen. Es steht zu vermuten, daß er auch hier Beträgerinnen verübt hat. Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, wollen dies noch umgehend nachholen. Das Risiko des Beträgers ist im Schauspiel des Polizeivölklums ausgehangt.

Eine französischfeindliche Oberkommission.

Paris. Wie der "Petit Parisien" mittelt, fest sich in Regierungskreisen immer mehr der Gedanke durch, im Ruhrgebiet einen Oberkommissar, der zugleich militärische und zivile Befugnisse erhalte soll, zu schaffen. Es wird an Generalstaatschef des Marschall Foch, General Weygand, gedacht.

Der französische Moratoriumsplan.

Paris. Der "Petit Parisien" gibt Auskunft über die Bedingungen, unter denen nach dem französischen Plan ein Moratorium von zwei Jahren bewilligt werden soll. Auf dem Wege einer inneren Anleihe sollen 3 Milliarden Goldmark aufgebracht werden, von denen 500 Millionen zur Stabilisierung und 2½ Milliarden für Reparationen verwendet werden sollen. Für jedes der beiden Jahre soll Deutschland 500 Millionen in Goldmark und 750 Millionen Mark Sachleistungen liefern. Die Anleihe soll von der deutschen Industrie aufgebracht werden. Was die Länder anstreift, so werden zwei Kategorien verlangt. In erster Linie soll im betroffenen Gebiet eine Ein- und Ausfuhrsteuer geschaffen werden. Ferner soll die Rohstoffsteuer erhoben werden. Der Ertrag dieser Steuer soll dem Garantienfonds übermittelt werden, der sie aber nur in dem Maße für die Alliierten verwenden würde, wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entzieht. In zweiter Linie soll den Alliierten das Recht zustehen, im betroffenen Gebiet die Ein- und Ausfuhr zu kontrollieren, damit ausländische Gewalten in Höhe des 20% prozentigen Wertes der Ausfuhr gehaftet werden. Der Plan sieht ein finanzielles Reformprogramm vor, jedoch ein Ausgleich des Budgets erzielt werden soll. Unter den bekannten Forderungen nach Herabsetzung der Ausgaben und nach strengerer Erfassung der Steuern werden verlangt:

1. Die Schaffung von Monopolen und deren Verbauung an Privatunternehmen;

2. gewisse Staatsbetriebe sollen in Privathände übergeben;

3. das Reich soll 25 Prozent vom Kapital der Industriegesellschaften des ganzen Reiches verlangen.

Zur Stabilisierung der Mark sollen außer den 500 Millionen Goldmark, die die von den Industriellen garantierte innere Anleihe bringen soll, noch 500 Millionen Goldmark aus dem Bestande der Reichsbank bereitgestellt werden. Durch diese Milliarde Goldmark soll die Stabilisierung der Mark erfolgen, jedoch ist die spätere Einführung einer neuen Währung vorgesehen.

Eine englische Pressekritik.

London. Der politische Berichterstatter der "Daily News" schreibt zu der Verhaftung des Präsidenten des Landesfinanzamtes Köln von Lanzenauer u. a.: Die Halbung der britischen Regierung gegenüber dem französischen und belgischen Verfahren im Ruhrgebiet sei die einer wohlwollenden Neutralität. Sie werde nichts tun, um diese Maßnahmen zu erleichtern. Sie werde ihnen jedoch auch keine Hindernisse in den Weg legen. Aber der Verlust der Franzosen, die Auktionskästen in einer von den Engländern kontrollierten Zone auszuführen, sei sehr gefährlich. Es sei klar, daß eine Aktion wie die Verhaftung Lanzenauers unter den Augen der verantwortlichen britischen Militärbörde und die Verfolgung einer Politik, die die britische Regierung anzunehmen ablehne, schädlich sein müsse für die öffentliche Ordnung und für das britische Prestige in der Kölner Zone.

Mussolini über die Lage im Ruhrgebiet.

Rom. Um Ministerial sprach gestern Mussolini über die Außenpolitik und die Lage im Ruhrgebiet. Er führt aus: Die Politik Italiens müsse in diesem Augenblick besonders geleitet sein von der Wahrung des italienischen Interesses, wobei man jedoch Erwägungen und Bedenken allgemeinen Charakters berücksichtigen müsse. Man müsse sich fragen, ob eine bessere Beachtung der Bedingungen der in London vorgelegten italienischen Denkschrift die heutigen schweren Verwicklungen nicht hätte verhindern können. Die italienische Regierung sei gegenwärtig damit auf eifrigste beschäftigt, weitere schwere Verwicklungen zu verhindern und den Zustand der Spannung in ganz Europa wiederzustellen, damit das Problem der Reparationen und der Schulden in einer anderen Atmosphäre behandelt werden könne. Nach längerer Aussprache nahm der Minister zu einstimmig und ohne Vorbehalt die außenpolitischen Richtlinien Mussolinis an.

Aus dem Ruhrgebiet.

Paris. Der Sonderberichterstatter von Hanau in Düsseldorf meint die Zukunft der französischen Soldaten und die Errichtung eines Soldüberzeugungsbunds, der bald fertiggestellt sein werde. Nach völiger Durchführung des französischen Plans würde man sämtliche Ausgänge des Ruhrgebietes in der Hand haben.

Köln. Die rheinischen Meisterzünfte richten wegen der Verschärfung der Zollabgaben ihrer Zobazeuge an die französische Kolonialkommission in Duisburg-Huckingen einen schweren Protest.

Bonn. Der Chefberichterstatter des Landesfinanzamtes Köln von Lanzenauer wurde gestern abend der Köln. Sig. zufolge von Bonn aus in Begleitung von französischen Generalmajors und Unteroffizieren nach Wiesbaden geschickt.

verbrieften Schlechtheit entspricht. Auch bei der Bewertung ist also der Gläubiger der Gefahr der Geldentwertung nicht schlüssig preisgegeben. Die bisher aufgenommenen wertbeständigen Anleihen haben im Publikum das allerhöchste Interesse gefunden. Alle diejenigen Kreise, die an sich auf eine festverbindliche Anlage ihres Geldes Wert legen, die aber den Obligationen den Alten gekreist und sich den in ihrer Rentabilität unsicherer Aktien zugewandt haben, weil sie in ihnen wenigstens einen Sachwert zu erkennen glauben, der der wachsenden Geldentwertung nach ihrem Meinung Stand hält, werden mit Freuden diese Gelegenheit ergreifen, sich wertbeständige Rente zu sichern. Insbesondere werden auch Vermünder diese Möglichkeit zur Anlegung von Münzgeld benützen, um die Sicherheit des Münzgeldvermögens vor der Gefahr der Geldentwertung in Sicherheit zu bringen. Über die Einzelheiten der Anlage werden nach Verabschiedung des Gesetzes weitere Mitteilungen erfolgen.

Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz, Nieselt & Co., M.-G. In der heutigen Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der zum 19. Februar 1923 einzuberuhenden Generalversammlung die Vergabe einer Dividende von 6% (6%) auf die Vorzugaktien A und B und 50% (18%) auf die Stammaktien vorzuschlagen.

Schäferhund
(ohne Marke) zugelassen.
Ges. Erkatt. der Unkosten
binnen 3 Tagen abholen.
G. Weichert, Schützenstr. 8.

Deutscher Schäferhund
entlaufen. Ges. Belohnung,
abhol. W. Siemsen & Co.
Schlüsselbund verl. Schw.
Platz. Abzugeben neg. Be-
lobnung im Landes-Miete.

Möbl. Zimmer
gegen Vergütung der ge-
samten Wohnungsmiete,
auch ohne Bett, zu mieten
gesucht. Schriftl. Abr. unt.
Y 9908 an Tagebl. Miete.

Heirat!

Suche für meine Schwester,
26 Jahre alt, tüchtig im
Fach, passende Gelegenheit
zum Eintritt in mittleres
Gut oder Mühle,
größeres Vermögen vor-
handen. Wenn Schreiber
vorhanden, kann selbiges in
ein schönes 52 Ufer großes
Gut (Nähe Miete) einbe-
traten. Aufrichtige An-
höfe, wenn möglich mit
Bild, welsch, zurückgefunden
wird, unter A J 7 an die
Geschäftsstelle des Großen-
hainischer Tafel, Großen-
hain.

Ordentliches, ehrliches
Hausmädchen

17 bis 18 Jahre alt, per
1. März gefüllt. Adresse
unter Angabe der bis-
herigen Tätigkeit erb. unt.
Y 9908 an Tagebl. Miete.

Jüngere Aufwartung
sucht Frau M. Lüdemann,
Gröba, Spinnereistr. 11.

Schulmädchen, 12 bis
14 Jahre, als
Aufwartung

gesucht. Frau Schäfer,
Wettinerstraße 37, 2.

Wegen Erkrankung des
Jehingen wird sie möglichst
sofort ein sauberes, ehrlich.

Stubenmädchen
gesucht, welches im Blättern
und Nähen bewandert ist.
Frau Tomma Greisch.

Nicht. Strengster
Betrieb. Wöchentlich 1. Sa.

Fräulein, Alter, sucht
Stelle als Kellnerin
mögl. in fränklos. Haus-
halt. Witwer (auch mit
Kinderen) bevorzugt.

Angebote unt. Y 9908
an das Tageblatt Miete.

Zum baldigen Unterritt
sucht tüchtige

Stenotypistin
und Korrespondentin

bei hohem Gehalt. Wenn
evtl. Wohnung in Miete
wird Fabrgeld zurückver-
gütet. Beugnisse usw. er-
wünscht.

Walter Buschmann,
Maschinenfabrik,
Kommahlsch.

Für meine Haare und
Schleiferstelle ich

**junge Burschen
und Mädchen**

als Lehrlinge ein.
Gustav Schulze,
Marmorwerk.

Die einige
Lehrlinge

Die unsere Uebstellungen
Dreherei und Klempnerie
können noch Aufnahme
finden.

Roland-Apparatebau Miete
Jlung & Lohse.



Erdai
Marke Rolfrosch - Schuhpasta

Feiner öffentlicher
Maskenball

am 27. Januar 1923

im Hotel Höpfner.

Feenfeste Verleuchtung. Dekoration einzig in

ihrer Art. 2 Musikkapellen.

Überrollungen aller Art, u. a. Reigenauflührungen.

9 Uhr Zugang des Prinzen Karneval m. grob. Gefolge.

Prämierung:

Je die schönste Herren- u. Damenmaske à M. 3000,-

- "originellste" 2000,-

10 Uhr Demodierung. —

Gintzelpreise: Herrenmaske M. 500,-, Damen-

maske M. 400,-. Saalzuschauerkarte (nur mit

Maskeabzeichen) M. 300,-. Galeriezuschauer

M. 200,-, sämtlich ausdrücklich Steuer.

Vorverkauf in Miete: Hotel Sächs. Hof, Restaurant

Bürgershof, Restaurant Goldener Engel, Schuh-

warenhandl. Paul Großmann, Buchh. Robert

Blume, Übergroßh. M.z. Dienst, Schneidermeister

Curt Justin, Kauflau. Alfred König und Hotel

Höpfner; in Plagwitz: Restaurant Thüringer Hof.

Eintritt 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Maskeabzeichen Sonnabend, 27. 1., von 5 Uhr an

im Hotel Höpfner, Mietstolzhäuser von Sonn-

abend mittag an im Hotel Höpfner.

Der Reiniger wird dem Stadtcafé zu Miete

für wohltätige Zwecke übertragen.

Schützengesellschaft.

N.B. Durch die von der Kreisschützenmannschaft

getroffene Maßnahme (siehe Rie. Tageblatt Nr. 12)

findt wir gezwungen, die Langstöcke, M. 150,-, auf

die Vorverkaufskarten (gleichviel ob Plastik oder Gu-

schauer) an der Kasse nachzuerheben.

Masstenball d. Schützengesell. Miete

27. Januar.

Neue schicke Mietstolzhäuser

findt in meiner Wohnung, Höppnerstr. 19c III.,

zu baden; von Sonnabend mittag im Hotel Höpfner.

Große Auswahl. Frau Else Kratzek.

Gasthof Gohlis.

Freitag, 26. Januar

großer öffentlicher

Maskenball.

2 Kapellen, Masken 350, Bu-

schauer 250 M. Eintr. 6 Uhr,

Anfang 7 Uhr. Freimüthig

lädt ein. G. Kratzek.

Für die zahlreichen Geschenke und Glück-
wünsche, welche uns am Tage unserer Ver-
mählung zuteil wurden, sagen wir, dankend
im Namen unserer lieben Eltern, hiermit
uns herzlichen Dank.

Madewitz, 25. 1. 1923.

Otto Hempel und Frau

Gertrud geb. Engelmann.

Übermäßige Verschuldung der Deutschen Reichsbank bzw. Reichsbank. Nach dem Wochenbericht der Reichsbank vom 15. d. M. folgte der für die erste Januarwoche ausgewiesenen Entlastung der Anlagekonten wieder eine erhebliche Ver-
stärkung der Kreditinanspruchnahme, die zum Teil auf die Gewalttäume und rechtswidrige Belebung des Kubredels und die dadurch bedingte Störung des deutschen Wirtschafts-
lebens zurückzuführen ist. Die gesamte Kapitalanlage betrug um 116,4 Milliarden M. auf 1849,7 Milliarden M. Von dieser Zunahme entfielen 81,2 Milliarden M. auf Reichsbankweissungen und 35,2 Milliarden M. auf Handelswechsel. Ein erheblicher Teil der bei der Reichsbank sowie bei den von der Bank verwalteten Reichsbank-
lebensfassen neu beanspruchten Kreditbrände blieb der Bank auf den Konten der fremden Gelder belassen, die eine Ver-
mehrung um 67,2 Milliarden M. auf 526,9 Milliarden M. aufweisen; der größere Teil indeß wurde der Bank wiederum in Form von Banknoten entzogen. Der Banknotenumlauf zeigt demgemäß eine neue Steigerung um 101,3 Milliarden auf 1497,8 Milliarden M. An Daseinsmittelkassen stieg in der Berichtswoche 192,6 Mill. M. in die Kassen der Bank zurück, ihre Umlaufsumme erhöhte sich damit auf 18,4 Milliarden M. Die Neuauflösungnahme der Daseins-
mittelkassen stellte sich auf 46 Milliarden M., so daß die

Daseinsmittelkasse die Höhe von 850,9 Milliarden M. erreicht haben. Die Daseinsmittelkassen übergaben einen dieser Zunahme entsprechenden Betrag an Daseinsmittelkassen der Reichsbank, deren Bestände an solchen Scheinen infolge dessen sowie infolge der erwähnten Rückläufe aus dem Ver-
kehr um 46,2 Milliarden M. auf 837,4 Milliarden M. gestiegen sind.

Marktberichte.

Die amtlich notierten Preise waren ab der Berliner Börsentürke bis 50 kg ab Station: Weizen, märktlicher 38000-39000. Stiel. Roggen, märktlicher 34500-36000. Stiel. Sommergerste, märktlicher 29000-30500. Stiel. Hafer, märktlicher 26000-27500. Stiel. Mais wagnfrei Homburg 32000-32500. Stiel. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin 99000-106000. Stiel. Weizenmehl über 100 kg frei Berlin 87000 bis 98000. Stiel. Roggenmehl per 100 kg frei Berlin 19000-20000. Stiel. Raps 52000-55000. Rkt. Getreide, Wistaria 57000-60000. Kleine Getreide 48000-51000. Lupinen, blau 28000-28500. Geraubella 70000-75000. Rapshuren 21000-22000. Krodenkasten 10500-11500. Vollwertige Baderkästen 15000-16000. Tortenflocken 80, 6800-7000. Kartoffelflocken 18000-17500.

Bekanntmachung.

Die Preise für marktfreies Gebäck sind
ab 26. Januar 1923 folgende:

1 Brotchen	35 M.
1 Pfund Roggenbrot aus 85% Weiz.	200
1 70%	215
1 Pfund Zwieback	200
Backlohn für 1 Pfund Weiz. zu Brotchen	60
Backlohn für 1 Pf. Brot für Selbstverf.	25

Bäcker-Innung Riesa.

Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz
Riebeck & Co. Akt.-Ges.

Gemäß § 23 und 24 des Statutes unserer Ge-
sellschaft laden wir die Herren Aktionäre zu der am
Montag, 19. Februar 1923, vorm. 11½ Uhr
im Börsen-Restaurant zu Leipzig, Kleiner Saal,
Eingang Packhofstraße, stattfindenden

Generalversammlung

hiermit ein.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Bilanz und Gewinn- und Ver-
lust-Rechnung für das mit dem 30. Sept. 1922
abgelaufene Geschäftsjahr u. Berichterstattung
des Vorstandes und Aufsichtsrates über die Bilanz
und den Geschäftsbetrieb
2. Beschlussfassung über die Bilanz und Erteilung
der Entlastung
3. Aufsichtsratswahl
4. Anderweitige Festlegung vor festen Aufsichtsrats-
vergütung (§ 17).

Die Aktionäre, welche in der Generalversammlung
stimmen oder Anträge zu derselben stellen
wollen, haben ihre Aktien oder die von der Reichs-
bank oder einem deutschen Notar ausgestellten
Unterlegungsscheine, aus welchen die Stimmen der
unterlegten Aktien ersichtlich sind, spätestens am
18. Februar 1923 in Miete a. G. bei der Filiale
der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt und der
Riesaer Bank A.G. innerhalb der Geschäftsstunden
zu hinterlegen.

Leipzig-Reudnitz, den 24. Januar 1923.

Der Vorstand. B. Reinhardt.

Achtung Landwirte!

Vorführung meiner gel. gleich. "Zoma".
Spreu- und Rörner-Gebäle, somie
Jancheinpuppen zur Gesang-Aufführung.
in Kommahnsch. Schützenhaus, Freitag,
den 28. bis Sonntag, den 28. Januar.

Lommatscher Maschinenfabrik Emil Beyreuther

Lommatsch.

Kaufe Gold u. Silber

zur eigenen Verarbeitung. Goldschmied

Georg Schumann, Hauptstraße 44.

Papier — Metalle

Lumpen, Alteisen

Kaufe im Hof Weinhauer

Strasse 4. Größere Posten

Die Vermittlungsversuche.

Der zerbrochene Friedensvertrag.

In ihrer Antwort auf den deutschen Protest gegen die Verhandlungen deutscher Beamter und Privatpersonen im Ruhrgebiet hat die französische Regierung die Behauptung aufgestellt, daß die Maßnahmen Frankreichs eine Folge der von der deutschen Regierung begangenen Verlebungen des Vertrages von Versailles seien. Poincaré hat also wohl eingestehen, daß das ganze französische Vorgehen im Ruhrgebiet an sich überhaupt nicht zu rechtfertigen, daß es ein Verbrechen gegen den Friedensvertrag ist. Um sich der Anklage wegen dieses Verbrechens zu entziehen, konstruiert Poincaré seinerseits angebliche deutsche Vertragserlebungen. Er handelt nach der Tafel des entbedeten Dienstes, der um sich seiner Verfolger zu entledigen, „hatet den Dreyfus“ ruft. Aber er wird auch hiermit bei der öffentlichen Meinung den Welt wenig Glück haben. Die ablehnende Haltung des Vertreters Englands in der Reparationskommission, des gewiß nicht deutschfreundlichen, aber immerhin der Vernunft und dem Gerechtigkeitsgefühl zugänglichen Bradburn geübt den französischen Unterricht. Deutschland einer abhöchstlichen Verlebung für schuldig zu erklären, beweist, daß man Deutschland gerechterweise einer Verlebung des Vertrages nicht schuldig machen kann. Über selbst wenn Deutschland das getan hätte, dessen es die französische Regierung sieht, wenn es Verlebungen des Friedensvertrages begangen hätte, so würde Frankreich wohl zu der Forderung des Schadenshaftes, niemals aber zu einem Raubzug ins Ruhrgebiet, zu der Verlebung aller staatlichen und privaten Eigentumstreite berechtigt gewesen sein.

Ob Deutschland den Friedensvertrag in dem einen oder anderen Punkte verletzt hat, vielleicht noch unbewußt, vielleicht hat verleben müssen, weil dieser Vertrag eben unerfüllbar ist, darüber hat ein objektives, unparteiisches Gericht bisher noch keine Entscheidung gefällt. Deutschland hat ein solches Urteil eines neutralen Gerichtshofes mehrfach gefordert, ist dabei aber auf den erdrückenden Willen Frankreichs gestoßen. Warum zittert wohl die französische Regierung so vor dem Urteil eines unparteiischen Schiedsrichters? Wenn also die Beschuldigung der Vertragserlebung, die Poincaré gegen die deutsche Regierung ausgeschworen hat, zum mindesten als unbeweisen angesehen werden muß, so ist die Ansage, die Deutschland gegen die Regierung Poincarés erhebt, und die dahin lautet, daß Frankreich durch seinen militärischen Einfall ins deutsche Ruhrgebiet den von ihm selbst Deutschland aufzunehmenden Friedensvertrag zerstört und mit Fäulen getroffen hat, durch so klar zu Tage liegende Beweise geführt, daß der vorstellende Spruch der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, selbst der in den Entente-Ländern heute bereits gefasst ist. Auch für diese weitgehende Behauptung kann man sich auf ein einwandfreies englisches Urteil berufen. Die englische Justizbehörde hat auf eine Aufforderung Bonar Law's um die Frage gefragt, ob nicht die Aktion Frankreichs im Ruhrgebiet einen Bruch des Vertrages darstelle und daher das gesamte Friedensdokument von Versailles verlösche. Die Antwort der Justizbehörde ist noch eingehender Prüfung bedarflos ausfallen. Das unparteiische Urteil geht dahin, daß der Vertrag von Versailles durch das französische Vorgehen gebrochen worden ist. Der eigene Verbündete muß Frankreich auf Grund der klaren Rechtslage schuldig erklären. Die Frage, wer den Vertrag verletzt hat, Deutschland oder Frankreich, bedarf also keiner Beantwortung mehr.

Kundgebungen in München.

Das Münchener Hotelpersonal hat seine Arbeitgeber wissen lassen, daß es sofort in Streit treten würde, wenn in den Hotels bis Dienstag abend noch Ausländer belässicher und französischer Herkunft sich befinden.

Vorletzte Nacht fanden wiederum vor dem Hotel „Zum vier Jahreszeiten“ in München, wo sich die fremden Militärmisionen aufzuhalten, Kundgebungen einer riesigen Polsmenge statt. Die Polizei vertreute die Menge.

Eine später Meldung der Korrespondenz Hoffmann in München besagt: Der von der Direktion und den Angestellten des Hotels „Zum vier Jahreszeiten“ gegen die Mitglieder der Ententeomission angedrohte Streik der Hotelangestellten ist seit Dienstag vormittag im Gange. Die Betten der Franzosen und Belgier werden nicht gemacht, die Zimmer nicht aufgeräumt und ihnen nicht serviert. Den Ausländern wurde bedeckt, in eine andere Gaststätte zu geben. Überallwo, wohin sie kamen, weigerten sich die Kellner, sie als Franzosen und Belgier zu bedienen. Selbst von einem bekannten italienischen Restaurant muhten sie unverrichteter Dinge abziehen. — Die „Bayerische Staatszeitung“ bemerkte dazu, auch die deutsche Selbstverlebung hat eben ihre Grenzen. So wenig man die gegen die Fremden eingelegte Bewegung verurteilen kann, so sehr angebracht ist es zu mahnen, daß sie nicht zu einer Unbefonntheit verleitet.

Die bayerische Regierung hat der Reichsregierung mitgeteilt, sie werde alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Mitglieder der französischen Gesandtschaft in München zu schützen. Bei der Erregung der Bevölkerung über den französischen Einmarsch in das Ruhrgebiet müsse sie aber eine Verantwortung für den Schutz des Gesandten ablehnen. Die bayerische Regierung hat die Reichsregierung ersucht, ernst bei der französischen Regierung um Abberufung des französischen Gesandten Dard vorstellig zu werden.

Die Ermordung des belgischen Kaufmanns Graff.

Dienstag vormittag begann im Schwurgerichtssaal in Lachen vor dem Kreisgericht der belässige Belästigungsanzeige die Verhandlung gegen acht Angehörige der grünen Schutzpolizei in Hamm, einen Kleinbauern und eine Wirtin von Hamborn, die der Ermordung des belgischen Kaufmanns Graff beschuldigt sind. Der Bubberraum ist nicht gefüllt. Die Angeklagten, die sich mit Ausnahme der Wirtin in Unterbringungshaft befinden, werden gestellt in den Saal geführt. Für die Verhandlung sind fünf Tage vorgesehen und 23 Zeugen geladen.

Nach der Verlebung der umfangreichen in französischer Sprache abgefassten Anklageschrift forderte das Gericht zur Vernehmung der Angeklagten, die ihre in der Voruntersuchung gemachten Geständnisse zurückzunehmen mit der Begründung, daß sie unter moralischem Druck gehandelt hätten. Sie lehnten jede Beteiligung an dem Vorlese in Abrede.

Gedikt von Befestigungen in England.

Reuter meldet: Die Arme im Ruhrgebiet führt zu einer Gedikt von Befestigungen an der Nordküste von England, wo infolgedessen bereits ein großer Mangel an Befestigungen eingesetzt ist. Befestigte Sicherheiten sind so gut wie ausverkauft.

Keine Verhandlungen unter militärischem Druck.

Wie an den Meldungen über Vermittlungsversuche in der Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen von zuständiger Seite in Berlin mitgeteilt wird, in der deutschen Regierung bekannt, daß an verschiedenen Stellen der Welt Bemühungen zur Beendigung des Zustandes von Unrecht und Gewalt, der durch den Einmarsch ins Ruhrgebiet entstanden ist, gemacht werden. Die deutsche Regierung ist bereit, alles zu tun, was ihnen zum Erfolg verhelfen kann. Ein Verhandeln über künftige Reparationsleistungen erscheint unmöglich, da heute jede Möglichkeit einer Abschöpfung der und am Ende der französischen Unternehmung noch verbleibenden Reste unserer Leistungsfähigkeit fehlt. Verhandlungen unter militärischem Druck können niemals für das deutsche Volk unheimbare und auf wirtschaftlichen Besiedlung Europas geeignete Ergebnisse herbeiführen. Reparationsverhandlungen verprechen nur Erfolg bei endgültigem Bericht auf jede Konvention und Pölderpolitik.

Der Berichtsschreiber des „Daily Telegraph“ will wissen, Bonar Law habe seine juristischen Berater um eine endgültige Erklärung über die Frage ersucht, ob die französische Besetzung des Ruhrgebiets innerhalb der Grenzen des Vertrages liege. Diese rein theoretischen Untersuchungen dürften aber nicht als ein Wunsch Englands gedeutet werden, zugunsten Deutschlands zu intervenieren. Nach einer Neuer Meldung bemüht sich Italien um eine Lösung in der Reparationsfrage, da die französisch-deutsche Krise außer der durch die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet unvermeidlichen wirtschaftlichen Katastrophe noch andere gefährliche Folgen haben kann.

Von französischer Seite wird in Essen verbreitet, in Deutschland würden wichtige Truppenbewegungen vorgenommen. Nach Erklärungen von zuständiger Stelle in Berlin sind alle deutschen Truppen in ihren Garnisonen; es sind keinerlei Truppenzusammensetzungen verankert worden.

Gestern hatte der Beirat für Reparationsfragen in Berlin eine Sitzung, an der Vertreter der gesamten deutschen Wirtschaft, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, der Länder und des Reichstages mit Vertretern der Regierung über die Reparationszahlleistungen berieten. Staatssekretär Dr. Müller stellt nochmals fest, daß Deutschland mit allen Kräften sich bemüht hat, die angeforderten Zahlleistungen zu erfüllen. Wenn übertriebne Forderungen nicht erfüllt werden könnten, so zeige dies keinen bösen Willen Deutschlands. Nach eingehender Darlegung der Regierungsmassnahmen nach dem Einmarsch der Franzosen und Belgier billigte der Beirat einstimmig diese Massnahmen und sicherte der Regierung bei deren Durchführung volle Unterstützung zu.

Unter dem Vorstoß des Reichskanzlers und in Gegenwart von Vertretern der beteiligten Reichsministerien erfolgte gestern eine Befreiung mit den Spiegelorganisationen der Gewerkschaften, die auch Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet zuwogen hatten. Es wurde hierbei vollkommen Einigkeit über die durch die rechtswidrige Gewaltaktion Frankreichs und Belgien erforderlichen Maßnahmen und über die Fortsetzung der erfolgreichen Abwehr des Reichs- und Friedensbruchs festgestellt.

Der preußische Minister des Innern Seesing ist in diesen Tagen im Ruhrgebiet gewesen, um mit den Behörden und den Gewerkschaften zu beraten. Es ergab sich eine völlige Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft mit der Regierung und die Gewissheit, daß die Haltung der Arbeiter fest bleibt, wird unter der Bedingung, daß ihre Lohnzahlung und die Lebensmittelzufluss geregelt werden.

Montag hat sich der Reichsverkehrsminister Grämer nach Hamm begeben, um mit dem dortigen Eisenbahnpräsidenten wichtige verkehrstechnische Fragen zu besprechen. Der Verband von Kohlen nach dem Süden, Osten und Norden von Deutschland geht anhaltend gut voran.

Das französische Kabinett beriet gestern über die Lage im Ruhrgebiet. Die Finanzschwierigkeiten befanden sich mit der Währungsfrage im Ruhrgebiet.

Der amerikanische Senator Borah gegen den französischen Vormarsch.

Neuer meldet aus Washington: Senator Borah, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, bezeichnet in einer Erklärung den Vormarsch Frankreichs als einen Akt von unablässiger Gewalt und des Militarismus, der eine Verlebung des Wasenfeldstaates und des Vertrages von Versailles sowie ein Vergehen gegen die Menschlichkeit darstellt. Senator Borah tadelt die Politik des Staatsdepartementes, daß sich läuwig und unätig verhalte, und rüttet darüber, daß die Vereinigten Staaten ihre Haltung durch einen formellen Protest fundin. Sie haben wir eine Voge, so heißt es in der Erklärung weiter, in der die Vereinigten Staaten nicht länger mit Ehren stillschweigen können. Das Vorgehen Frankreichs findet nach meiner Meinung keine Begründung in dem Vertrag von Versailles. Es ist eine Gesähdigung der internationale Ordnung, des Weltfriedens und eine Belästigung der Menschheit. Die französische Aktion wird zu einer Entschädigung nicht führen, aber die größten Leiden nicht nur für die Deutschen, sondern für die Wölker ganz Europas verursachen und unerhöhlbare Schaden über unerhörte eigene Völker bringen.

„New York Herald“ meldet aus Washington: Die Erklärung Senators Borah gegen den französischen Vormarsch wird als Einleitung zu einem wohlüberlegten Angriff des Kongresses auf die äußere Politik der Regierung betrachtet.

In seiner Erklärung legte Senator Borah noch: Die erste Pflicht einer Nation ist, ihr Leben zu beschützen, wenn sie angegriffen wird, und die höchste Ehre und der höchste Ruhm im Siege ist es, gegen einen bestreiten Feind gerecht zu sein. Diese Regel unterscheidet wilde von zivilisierten Völkern. Es waren die amerikanischen, von Wilson verstandenen Grundsätze, nach denen der Waffenstillstand unterschieden wurde und Deutschland seine Waffen niedergelegt. Es waren unsere Soldaten, die es möglich machten, Deutschland zu besiegen und zu entmüssen. Wir haben wie offiziell erklärt, daß wir mit dem deutschen Volk keinen Krieg hätten, sondern Gnade der Sympathie und der Freundschaft für das deutsche Volk begten. Mit anderen Worten: wir lieferierten den Soldaten die Grundläufe, auf die der Waffenstillstand ausgebaut wurde, der dann führte, daß Deutschland hilflos gemacht wurde. Damit haben wir auch bestimmte Verpflichtungen bezüglich der Beendigung Deutschlands übernommen. Nach all diesem sehen wir uns bestreites Gebiet übersehen und Deutschland bei vernichtendem und unabberichtigen Methode des Militarismus einer militärisch handelnden Macht ausgeliefert und wie protestieren nicht einmal. Auch haben wir Frankreich nicht in solcher Weise Andeutungen gemacht, daß es sich verpflichtet fühlt, von irgendeinem Plan

Kenntnis zu nehmen. Wir sollen unsere Haltung klar legen und protestieren. Das ist das Wenigste, was wir tun können, und wir sollten noch viel mehr tun.

Die Stimmung im Ruhrgebiet.

Wenn die Besetzungsbehörden glauben, und durch Einschüchterung gezwungen zu können, so werden sie auf Granit treten. Diese Schlusssätze der manhaftesten eindeutigen Erklärung, die gestern von allen Verteilern der Zeichen des Ruhrhofs beobachtet wurden, ist so recht der Ausdruck für die Stimmung, die die gesamte Bevölkerung bestimmt. Es ist wirklich herzzerstörend zu beobachten, wie spontan aus den Kreisen der Angestellten und Arbeiter hier der Widerstand organisiert, wenn französische Einheiten erfolgen. Vom obersten Beamten bis zur kleinsten Hilfsarbeiterin kennt niemand Rücksicht auf persönliches Wohlgefallen, wenn es entschlossene Abwehr gilt. Jeder kleine Erfolg, und deren sind genug zu verzehren, stärkt den Widerstand und die Stimmung. Aller hässliche Hader innerhalb der einzelnen Verbände ist begraben. Die politischen Gegenseite werden zurückgeworfen. Die Einheitsfront ist wirklich da über Nacht, ohne Verhandlungen, ohne Komromisse, als etwas Selbstverständliches, von selbst entstandenes. Die schwerbewaffneten Soldaten, die Maschinengewehre, die Taxis werden mit einem gewissen Spott betrachtet, seit man weiß, wie hilflos sie gegen den eisernen Willen eines zwar unbewaffneten, aber eintigen Volkes sind. Doch man ist sich klar darüber, daß das Schweigen noch in Ausicht steht, daß der französische Militarismus, der sich manche Schlappe geholt hat, sich jetzt mit verdoppeltem Mut austoben wird, wenn erst die neuen Intrusionen aus Paris da sind, die man bereits mit größtem Pathos ankündigen läßt.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Franzosen und Belgier sehen die rechtswidrigen Verhaftungen und Belästigungen im Rheinland und im Ruhrgebiet fort. Der Reichskommissar für die befreiten Rheinländer hat der Rheinlandkommission einen Protest der Reichsregierung gegen die Verhaftungen und die Auswirkung von Beamten und deren Familien überreicht.

Man bereitet in Essen offenbar die Zolllinie vor, die um das ganze Ruhrgebiet gezogen werden soll. Es werden größere Umgangspatrullen der Truppen ausgeführt. Das Militär soll offenbar dazu dienen, die Grenzen des Ruhrgebiets in ihrem ganzen Umfang zu belegen, um so die Durchführung der Zolllinie auszuhauen. Voransichtlich wird es, wenn die Franzosen Truppen mit der Eisenbahn transportieren wollen, zu einem allgemeinen Eisenbahnerstreik kommen.

Die Streikbewegung.

Heute vormittag sind als Protest gegen die Verhaftung ihrer Direktoren die gesamten Arbeiter und Angestellten der Thyssenwerke und der Stinneszechen in den Streik getreten, bei Thyssen 65 000, bei Stinnes 100 000 Menschen. Der Bahnhof Siegburg liegt noch still, da die Belgier zwar das Stellwerk wieder geräumt haben, die sonstigen Forderungen der Arbeiter aber noch nicht erfüllt sind. Sonst ist auf der Eisenbahn wieder voller Betrieb, da die Forderungen der Eisenbahner angenommen wurden. Der französische General Clemençon, dem der Eiserne Eisenbahndirektionsbezirk untersteht, ist infolge seines Erfolges abberufen worden. An seine Stelle ist Oberst Davyard, der Chef des französischen Eisenbahnen in Wiesbaden, getreten.

Die geläufige Beleidigung der drei Zechenbezirke des Eiserne Bergwerksvereins König Wilhelm haben an den in Mainz in Haft befindlichen Generaldirektor Wöhrelhofer folgendes Telegramm gesandt: Die gesamte Belegschaft König Wilhelm soll Ihrem Verhalten große Bewunderung und ich stolz darauf, einen solchen feinddeutschen Mann an ihrer Seite zu haben. Ihr Beispiel soll und veranlassen, ebenfalls das zu tun, was das Vaterland von uns erwartet. Eine Abordnung der Arbeiter- und Beamtenchaft der Stinnes-Zechen war gestern nach Düsseldorf gefahren, um gegen die Verhaftung des Direktors Spindler einzutreten. Sie ist trotz wiederholter Bitten des Regierungspräsidenten nicht empfangen worden. Heute vormittag desgleichen die gesamten Arbeiter- und Beamtenchaft in den Protestsstreik getreten. In diese kommen die Zechen Matthias Stinnes 1, 2, 3 und 4, Friedrich Erckmann, Bremicker Wilhelm, Villoria Matthias, Graf Beck und Carl Magnus.

Die Belegschaft der Thyssen-Zechen hat einstellig befohlen, keine französischen Arbeiter geschlossen werden zu können. Sie fordert nach wie vor Freilassung von Fritz Thyssen und der übrigen Verhafteten und ist weiter bereit, für unsere deutschen Volksgenossen auch mit den äußersten Kampfmitteln einzutreten.

Der Betriebsausschuß der sozialistischen Zechen hat sich nach Mainz begeben, um die Freilassung des Geheimrat Stoffelsen herbeizuführen.

Der Regierungspräsident Grämer hat gestern vormittag nochmals vergleichsweise versucht, gemeinsam mit den Arbeitervertretern eine Befreiung mit den französischen Generälen in Mainz zu erreichen. Er überreichte darum mit den Arbeitervertretern eine Protesterklärung mit dem Hinweis darauf, daß 800 000 Arbeiter hinter ihm ständen. Der Empfang sollte nun am Nachmittag vor sich gehen.

Als gestern mittag in Essen die Arbeiter und Angestellten die Betriebe und Geschäfte verließen, entwickelte sich nahe dem Hauptbahnhof ein sehr lebhafter Verkehr. Die Franzosen machten darauf vor dem Hauptbahnhof ein Maschinengewehr läufigbereit. Nur durch die Besonnenheit der Bevölkerung wurden Zwischenfälle vermieden.

In Düsseldorf sind einwandfrei fünfzig Franzosen festgestellt worden, die bei einzelnen Dienststellen tätig sind. Das geläufige Volk und Telegraphenpersonal in Essen verlangt in einer an den Kommandeur der Besetzungs-Truppen überreichten Erklärung unangetastet freies Bewegungsrecht für die Amtsvertreter und Verbot für die Gehörigen der Besetzungsarmee, die Diensträume zur Verwendung irgendwelcher Handlungen zu betreten. Außerdem behalten sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter eigene Maßnahmen vor. Sie wollen unter keinen Umständen unter den Bajonetten arbeiten.

Gestern erfolgte in Langendreer unter großer Beteiligung der Bevölkerung die Befreiung des von den Franzosen erlöschten Krankenträgers Rosenthal. Der Krankenträger Dr. Euno hat auf den Graben der Opfer des rechtswidrigen Besetzungs des Ruhrgebiets, des Sohnes des Automobilfahrers Birke in Bochum und des Krankenträgers Rosenthal in Langendreer, Kräuze mit Schleifen an den Stechdornen niederlegen lassen.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Duisburg von den Belgien von der Polizei weg beföhligt worden. Die Nachricht hierauf hat bei der Kreiszeitung ungeheure Erregung hervorgerufen.

Die Berliner Beamten melden aus Mecklenburgien, daß auf dem dortigen Schlachthof sämtliches Fleisch für die Belästigungsbehörde requiriert worden ist. Außerdem hat die Belästigungsbehörde weitere Forderungen auf Fleisch gestellt. Die Stadtverwaltung erhob gegen das Vorgehen der Franzosen scharfsten Protest. — Wie aus Essen gemeldet wird, hat die französische Belästigungsbehörde auf Grund von Vorstellungen dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf mitgeteilt, daß allen Truppen die Beschlagnahme und der Aufkauf von Getreide für den Truppenverbrauch und die Belästigung oder der Aufkauf von Fleischfleisch und Fleischwaren in Schlachtereien und Schlächtereien verboten ist. Die Belästigungsbehörde werde sich auch aller Eingriffe in die Aufzucht von Lebensmitteln in das Ruhrgebiet enthalten, selbst wenn die Eisenbahner die Reparationszubehörstransporte verweigern sollten.

Die Abwehrbewegung der Banken.

Die Beamten der Reichsbank in Dortmund haben nach wie vor abgelehnt, den Anordnungen der Belästigungsbehörde Folge zu leisten, da dies im Widerstreit mit den Weisungen der Regierung steht. Sie haben sich bereit erklärt, die Arbeit wiederzunehmen, wenn die Reichsbank freigegeben und die Wachen entfernt werden. Heute vormittag fanden Verhandlungen zwischen Magistrat und Handelskammer einerseits und der Belästigungsbehörde andererseits statt, die eine Wiederherstellung des normalen Zustandes bewirkten.

Die Privatbanken in Norden erklärten, daß sie, da sie wegen der Beschlagnahme von Betriebsständen den ordnungsmäßigen Betrieb nicht aufrecht erhalten könnten, ihre familiären Kosten geschlossen halten. Die Reichsbank ist bereits seit Sonnabend geschlossen. Aus Norden wird lerner gemeldet: Wie wir erfahren, sind bei der Reichsbank am Sonnabend 6,2 Millionen Mark von der Belästigungsbehörde entnommen worden. Bei einem zweiten Einzug wurde die Reichsbank durch die Beamten und Angestellten geschlossen. Sie erklärten, daß sie unter diesen Umständen nicht arbeiten wollten. Bei zwei Großbanken in Norden wurden weiter Beträge von 3,8 und 5 Millionen Mark Requisitionsgeholde abgeschlagen. Vorgestern versuchten die Belästigungsbehörden auch auf den Finanzämtern in Norden zu requirieren. Es wurde jedoch auf einem Amt überhaupt kein, auf einem anderen nur ein ganz geringfügiger Betrag vorgeladen. Finanzamt 2 (Norden-Land) ist geschlossen, im Finanzamt 1 (Norden-Stadt) haben die Kassenbeamten den Dienst eingestellt.

Sämtliche Beamte des Hauptamts Mainz und der ihm unterstehenden Postämter in Mainz und Gustavsburg haben ihre Dienststellen verlassen. Ein General-Deputat bat die Arbeitsgemeinschaft deutscher Postbeamten in Mainz eine Protestentstehung gelangen lassen.

Die zurückgesandte Note.

Die Note, worin der Deutsche Geschäftsträger in Paris auftragsgemäß gegen die Erziehung des Krankenträgers Rovalski in Langendreer protestiert hatte, ist Herrn von Hocic vom französischen Außenminister mit folgender Begleitnote zurückgesandt worden:

Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten sieht sich, der Deutschen Posthalt das heute erhaltenen Schreiben zurückzuführen. Es ist ihm nicht möglich, ein Schreiben anzunehmen, das in derartigen Ausdrücken abgefaßt ist.

Auswertung des W. T. B.: Es sind nicht die Ausdrücke, in denen sich die Note bewegt, sondern die darin festgestellten Tatsachen und Verantwortlichkeiten, die der französische Regierung unbequem sind und an die sie nicht erinnert zu werden wünscht. Die Rücksendung der Note schafft diese Tatsachen und Verantwortlichkeiten nicht aus der Welt. Sie zeigt nur, daß die französische Regierung nichts anfangen weiß, was die Erziehung eines harmlosen Krankenträgers durch einen französischen Wachtvothen und die dieser Bluttat zugrunde liegenden Institutionen zu rechtfertigen vermag.

Der bereits bekannt gegebene Wortlaut der dem Deutschen Geschäftsträger zurückgesandten Note sei hier noch einmal wiederholt:

Der Bluttat in Bochum, die den Gegenstand meiner gefährlichen Note bildete, ist eine zweite, nicht minder schwere Bluttat gefolgt. Am 19. Januar, abends 9,30 Uhr, ist der Krankenträger Rovalski vor dem Amtsgerichtsgebäude in Langendreer von einem französischen Wachtvothen erschossen worden. Rovalski ging über den Postplatz auf das Amtsgerichtsgebäude zu. Der französische Posten rief ihn an und gab gleich darauf Feuer. Da sich der Postfall in der Nähe einer brennenden Latrine abspielte, mußte der Posten entfehn haben, daß es sich um eine einzelne wehrlose Person handelte, die keinerlei Angiffsabsichten erkennen ließ.

Die Tat ist umso verwerflicher, als sie nicht nur auf die Brutalität eines einzelnen französischen Soldaten zurückzuführen ist, sondern, wie der französische Kommandant in Langendreer gegenüber dem dortigen Bürgermeister erklärt hat, den ersten Anklagen entspricht. Die Erteilung derartiger Anklagen während einer angeblich friedlichen Aktion richtet sich selbst.

Die Deutsche Regierung erhebt auch in diesem Falle schärfsten Protest und behält sich vor, volle Genugtuung zu fordern.

Der Protest gegen die Verhaftungen zurückgewiesen.

Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris folgende Mitteilung überbracht: „Die französische Regierung bestätigt den Empfang des Alte Mémoire, womit die Deutsche Regierung gegen die Verhaftung gewisser Personen im Ruhrgebiet protestiert hat. Die französische Regierung weist diesen Protest zurück und ist entschlossen, ihm in keiner Weise Rechnung zu tragen.“

Alle von der Oppressionbehörde getroffenen Maßnahmen sind vollkommen rechtmäßig. Sie sind die Folge der von der Deutschen Regierung begangenen Verleugnungen des Vertrages von Versailles. Die französische Regierung, entschlossen, die Ausführung dieses Vertrages durchzuführen, behält sich vor, alle anderen Sanktionen anzuordnen, welche die Haltung der Deutschen Regierung, der deutschen Beamten oder der deutschen Gewerkschaften notwendig machen sollte.“

Auswertung von WTB: Die französische Regierung hat also die Aufführung sachlicher und rechtlicher Gründe für ihre Maßnahmen nicht mehr für erforderlich, sondern sie versteckt, durch eine dichte Behauptung die Dinge in ihr Geiste umzuleben. Deutschland steht soll auf seinem Schuldbild sein, weil es die französische Aktion nicht unterstützt und es ablehnt, an einen vertragswidrigen Kontrahenten zu leisten, solange er den rechtswidrigen Aufstand aufrechterhält.

Mit dieser Art zu argumentieren könnte Herr Poincaré mühselig nachweisen, daß die deutschen Rückstände bei Öl- und Kohlenförderungen den militärischen Bedarf des Landes nicht decken, daß die französische Regierung, die die politischen Führer in Deutschland, die beliebige Beschlagnahme deutscher Staats- und Privatentitäten oder was den Franzosen sonst beliebt, rechtsgültigen würden. Der in der Antwort befindeten Entschlossenheit der französischen Regierung, ihr Unrecht immer weiter zu treiben, wird auf deutscher Seite mit nicht geringerer Entschlossenheit der moralischen Überhand des deutschen Volkes entgegentreten. Die Drohung mit weiteren Sanktionen wird uns nicht binden, auf dem Standpunkt unserer guten Rechte zu ver-

duren, der weder durch Umkehrungen des Zustandes noch durch Willkür und Gewaltakte entkräftet werden kann.

Eine neue deutsche Note.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beantragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Die französischen Belästigungsbehörden im Ruhrgebiet haben die verhafteten Personen, die in meinem ersten Brief namentlich genannt sind, zum Teil nach Mainz gebracht, um sie dort vor ein französisches Militärgericht zu stellen. Die Einleitung eines Verfahrens vor dem französischen Militärgerichten würde jeder Rechtsbarkeit entgegen und in einer Weise verfolgt werden, die Verhaftung den Charakter der Rechtsverletzung und Willkür zu neumen. Die Deutsche Regierung stellt deshalb die Forderung, daß ein solches Verfahren nicht stattfindet, daß die Verhafteten freigelassen werden.

Am Ruhrgebiet sind übrigens inzwischen weitere Beamte verhaftet worden. Es handelt sich um den Oberpostdirektor Hücker, den Telegraphendirektor Schmitz, den Präsidenten der Eisenbahndirektion Jahn und den Oberbaurat Pusch, sämtlich in Essen. Die Verhaftungen sind erfolgt, weil die Beamten sich der von den französischen Belästigungsbehörden erzielten Amtsumsetzung widersetzen.

Die französischen Belästigungsbehörden im Ruhrgebiet haben im Ruhrgebiet eine Belästigung und der Bevölkerung steht. Sie haben sich bereit erklärt, die Arbeit wiederzunehmen, wenn die Reichsbank freigegeben und die Wachen entfernt werden. Heute vormittag fanden Verhandlungen zwischen Magistrat und Handelskammer einerseits und der Belästigungsbehörde andererseits statt, die eine Wiederherstellung des normalen Zustandes bewirkten.

Die Privatbanken in Norden erklärten, daß sie, da sie wegen der Beschlagnahme von Betriebsständen den ordnungsmäßigen Betrieb nicht aufrecht erhalten könnten, ihre familiären Kosten geschlossen halten. Die Reichsbank ist bereits seit Sonnabend geschlossen. Aus Norden wird lerner gemeldet: Wie wir erfahren, sind bei der Reichsbank am Sonnabend 6,2 Millionen Mark von der Belästigungsbehörde entnommen worden. Bei einem zweiten Einzug wurde die Reichsbank durch die Beamten und Angestellten geschlossen. Sie erklärten, daß sie unter diesen Umständen nicht arbeiten wollten. Bei zwei Großbanken in Norden wurden weiter Beträge von 3,8 und 5 Millionen Mark Requisitionsgeholde abgeschlagen. Vorgestern versuchten die Belästigungsbehörden auch auf den Finanzämtern in Norden zu requirieren. Es wurde jedoch auf einem Amt überhaupt kein, auf einem anderen nur ein ganz geringfügiger Betrag vorgeladen. Finanzamt 2 (Norden-Land) ist geschlossen, im Finanzamt 1 (Norden-Stadt) haben die Kassenbeamten den Dienst eingestellt.

Sämtliche Beamte des Hauptamts Mainz und der ihm unterstehenden Postämter in Mainz und Gustavsburg haben ihre Dienststellen verlassen. Ein General-Deputat bat die Arbeitsgemeinschaft deutscher Postbeamten in Mainz eine Protestentstehung gelangen lassen.

Die schweren Opfer, die der rheinisch-westfälischen Industrie und der dortigen Bevölkerung durch den französischen Belästigungsbehörden aufgezwungen werden, haben in vielen Kreisen Deutschlands die Bereitswilligkeit hervorgerufen, auch überall im Ruhrgebiet einzutreten. So daß für den Fall, daß eine größere Arbeitslosigkeit und damit eine Notlage der Arbeiterschaft eintreten sollte, der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau, vertreten durch das Ostelbische Braunkohlen-Bündnis in Berlin und das Westelbische Braunkohlen-Bündnis in Leipzig, in Betätigung seiner kameradschaftlichen Gesinnung unter Hintansetzung der Rückstufen auf seine eigenen finanziellen Schwierigkeiten, mit denen er bei der Unterhaltung seiner Betriebe zu kämpfen hat, dem Herrn Reichskanzler für die Ruhrbergwerke einen Beitrag von einer Milliarde Mark zur Verfügung gestellt.

Weiter wird aus Berlin gemeldet: Für die hart betroffene Bevölkerung an der Ruhr sind dem Reichspräsidenten zu Unterstützungsbezügen von privater Seite namhafte Spenden zur Verfügung gestellt worden. So hat die Berliner Johanniskloster ihr gesamtes Vermögen gestiftet, die Postdamer Kassehausbesitzer und Konzertlokalhaber haben den Überschuß an dem Sonntag veranstalteten Konzerten für das Ruhrgebiet bestimmt; einen größeren Betrag haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Postwesens Frankfurt a. M. aufgebracht. Ein Schweizer, der in Deutschland seine zweite Heimat gefunden hat, hat 10 Millionen, ein Deutschamerikaner 4 Millionen Mark gespendet.

Aus Berlin wird gemeldet: Dienstag stand unter Vorstufe der Leipziger Handelskammer in deren Räumen unter Beteiligung einer Reihe von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden eine Sitzung zur Errichtung einer Hilfsaktion für das Ruhr- und Rheinland statt. Im Anschluß an einen allgemeinen Aufruf fordern die beteiligten Arbeitgeberverbände ihre Mitglieder auf, vorläufig einen Betrag von mindestens 1 Prozent des Dezemberumzugs zu statten. Die Aktion ist sehr großzügig eingeleitet und wird als anhaltende Hilfsmaßnahme gewertet.

Wie ferner aus Berlin gemeldet wird, beabsichtigt die Reichsregierung für das Ruhrgebiet eine allgemeine Sammlung im ganzen Reich zu veranlassen. Die Zustimmung der Landesregierungen zu dieser Sammlung ist bereits eingeholt. Der Aufruf zur Sammlung soll bereits heute ergeben. Nach einer Meldung aus Santiago de Chile sammeln die Deutschen Chiles eine Spende für die Ruhestämmen. Die erste Menge von 1000 Dollars (20 Millionen Mark) ist dem Reichskanzler per Kabel überwiesen worden. — Sämtliche Angestellte der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Marienfelde bei Berlin haben beschlossen, zwei Prozent ihres Monatsgehalts für die Arbeiter und Angestellten im Ruhrgebiet zur Verfügung zu stellen. — Die Vertreter sämtlicher Wirtschaftsorganisationen schließen wollen eine großzügige Hilfsaktion für das rechtsrheinische Gebiet einleiten. — Die Beamten und Angestellten der Provinzialhauptverwaltung von Bonn werden vom 1. Januar bis 2. Februar ihres Entgelts dem Reichskanzler zur Unterstützung der Bevölkerung im Ruhrgebiet zur Verfügung stellen. — Der Oberpräsident von Bonn erläutert einen Aufruf an die Bevölkerung zur Hilfe für die Ruhrdeutschen, der gleichzeitig von sämtlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmernorganisationen unterzeichnet ist.

Die Bremer Handelskammer hat eine große Sammlung beschlossen. — Der Vorstand der Körperschaft Berliner Buchhändler empfiehlt seinen Mitgliedern, während der ganzen Zeit der Bereitung des Ruhrgebietes 1 Prozent der täglichen Umsätze zu spenden. — Auch der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes wird sofort Schritte zur Ausbringung von Mitteln zur Unterstützung der Opfer des militärischen Ruhrabenteuers einleiten.

Eine vom „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ mit 100 000 Mark gestern früh eingeleitete Sammlung zu Gunsten der Ruhrdecker hatte in den Rathausstunden bereits über 4 Millionen Mark ergeben.

Hilfswerk des Roten Kreuzes.

Das deutsche Rote Kreuz hat an das internationale Rote-Kreuz-Komitee in Genf, an die Liga der Rote-Kreuz-Gesellschaften in Paris sowie an die nationalen Rote-Kreuz-Gesellschaften in Amerika, Dänemark, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden, der Schweiz und Spanien folgenden Einbruch gefandt: „Während Rote Kreuz bedroht von Frankreich überall seine Stützpunkte ist, umfassen die Zivilbevölkerung im Kriegsfall vor Gewalttat, so erhebt deutsches Rotes Kreuz um so mehr Unbedarf auf Schutz deutscher Bürgervolk, deren Christen im Frieden durch Überfall gefährdet wird. Im Namen der Humanität ruft deutsches Rotes Kreuz betreuende Rö-

ter, die bisher Deutschlands Not linderten, zur Hilfe für die Notleidenden des Ruhrgebietes. Schwere Krise angesetzt werden um sofortige Übermittlung dieses Hilfes an ihre Regierungen gebeten.

Die Sicherung der Gründung.

Montan fand unter dem Vorstufe des Reichswirtschafts-

ministers Becker eine Besprechung mit den Bürgern der Gewerkschaften und des Konkurrenzhandels statt zur Förderung der durch den Gewerkschaft und Reichsbruch der Franzosen und Kaiser geschaffenen wirtschaftlichen Notlage. Es trat einmütig die Auffassung auf, daß den bedrangten Volksgenossen im Ruhrgebiet mit allen Mitteln das Auskommen erleichtert werden muß. Als Mittel hierzu wurde in erster Linie die Sicherung der Gründung anerkannt.

Die Lausanner Konferenz.

Über den Verlauf der Sonntagsitzung erläutert man im Einzelnen: Zu Beginn der Sitzung legte Vize-Minister auf Aussicht der Nord-Congress ausführlich den türkischen Standpunkt über die Moselfrage dar und forderte, daß das Moselfeld Wissau mit der Türkei vereinigt werde. Vord-Congress entgegnete ebenfalls in sehr ausführlichen Darlegungen mit einem Rückblick auf die Geschichte und Rechte des Völkerbundes, model er u. a. auch auf die strategischen Gründe hinzu, die gegen die türkische These sprechen. Auf die Petroleumfrage anspielend, sagte er, daß das Problem, ob Mosel England oder der Türkei angehören solle, nichts mit der Petroleumfrage zu tun habe, da England auf dem Standpunkt stehe, daß alle Nationen an dem Petroleum beteiligt werden müßten. Er gelangte zu dem Schluss, es gebe aus der türkischen und englischen Auffassung hervor, daß beide Teile von ihrer Beweisführung fest durchdrungen seien. Die englische Regierung sage, daß die Türken annehmen scheinen, daß eine Volksabstimmung eine geeignete Lösung bilde, aber es gebe ein anderes Mittel, nämlich eine Untersuchung durch eine soziale besonders häufige Störversammlung, die ebenfalls die Entscheidung treffen könnte, der sich die englische Regierung dann unterwerfen würde. Da es sich um Vladsatz gedacht handele, so sei nur natürlich, daß der Völkerbund die Auffrage übernehme.

Der französische Delegierte Bommard stellte fest, daß die Debatte nur Mosel, nicht Syrien angegangen habe und daraus der Schluss zu ziehen sei, daß diese Frage durch den Vertag von Ankara geregelt sei. Was Mosel anbelte, so unterstünde er die liberalen Vorschläge Vord-Congress, deren Annahme er den Türken empfiehlt.

Das Jugendgerichtsgesetz.

Die Deutschen Nationalen Frauenkorrespondenz schreibt: Der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes liegt vor Reichstagsdrucksache Nr. 5171. Karl Schumann Verlag, Berlin B 8) und wurde Mitte Dezember im Reichstagsschulz des Reichstags zur Beratung vorgelegt. Die wichtigste und dringlichste dieser Gesetzgebung, die der Befreiung der Jugendlichen sowohl durch die Art des Untersuchungsverfahrens, wie durch die Art der Strafmaßregeln Rechnung trägt und ihnen dieselben insbesondere durch Erziehungsmethoden, zum Gedächtnis zu halten und die schädlichen Faktoren einer Strafverfolgung nach Kräften ausschalten soll, geht ohne weiteres daraus hervor, daß die Zahl der verurteilten Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren 1910 noch 48 657 betrug, 1912: 54 938, 1915 bereits 68 814 und 1919 sogar 182 000! Man kann auf Grund von Eingangsangaben annehmen, daß für 1921 schon etwa 6-fach dieser Zahl gilt; seit August 1922 ist die Zahl der Strafverfahren noch ungeheuer angestiegen.

Als Beginn der Straftäglichkeit ist das 14. Lebensjahr angelegt, als Grenze der besonderen Zuständigkeit des Jugendgerichts der Beginn des 18. Lebensjahrs. Zur Zeit der Tat. Als Erziehungsmaßnahmen, die ausgewichen oder angeordnet werden, kommen beider Anspruch der Befreiung der Bucht des Erziehungsberichts, beider Auflagen oder Pflichten sowie Schulausfall oder Fürsorgeerziehung in Betracht. — Vor der Entziehung ist das Jugendamt zu hören; bei Freiheitsstrafen wird der Jugendlichen von erwachsenen Gefangenem gerichtet gehalten. Statt Todesstrafe oder lebenslanges Zuchthaus gilt Gefängnis bis zu 15 Jahren, statt Zuchthausstrafe überhaupt Gefängnisstrafe. Das Jugendgericht sind Schöffengerichte; statt Reichsgericht oder Schwurgericht kommt Jugendgericht mit zwei Richtern und drei Schöffen in Betracht (sonst: ein Amtsrichter und zwei Schöffen). Die Schöffen müssen besondere Erfahrung in Erziehung und Jugendarbeit haben. Das Jugendamt hat das Vorschlagsrecht dazu. Die Berufung von Frauen zu Jugendräten ist statthaft; bei zwei Schöffen muss einer eine Frau sein und nicht nur der Mann; die dritte Schöfe „kann sowohl ein Mann wie eine Frau sein“, nach der „Begründung“ des Gesetzes, § 3. Die Verhandlung ist nicht öffentlich, einzelne Personen, die besonderes Interesse an den Jugendlichen nehmen, können zugelassen werden. Die Rechte und Pflichten der Jugendräte in diesem Verfahren (Jugendgericht) können Vereinigungen übertragen werden, die sich mit der Jugendarbeit beschäftigen; i.e. müssen ihre Tätigkeit im Verein mit den Jugendräten ausüben. Vergleich über freiwillige Jugendgerichtshilfe und Jugendstrafrecht über den Amtszeit im Oberbericht der „Deutschen Nationalen Frau“ von der Vorsitzenden des Thüringischen Landesverbandes für Jugendgerichtshilfe, Gräfin Irene Boie. — Im Reichsausdruck steht, daß wohl das Strafmündigkeitsalter von 12 auf 14 Jahre heraufgesetzt werden sollte, sprach aber energisch gegen den sozialdemokratischen Antrag, der weiteren Heraufsetzung auf 16 Jahre, und zwar im Interesse der Jugend selbst. Der § 3 des Entwurfs, der vorliest, daß ein Jugendlicher nicht strafbar ist, wenn er zur Zeit der Tat nach geistiger oder physischer Entwicklung unfähig war, das Ungelehrte dieser Tat einzusehen oder seinen Willen dieser Einrichtung gemäß zu bestimmen, trage genügend Garantien gegen Härte in sich. Der deutschnationale Abgeordnete Rummel begrüßte in einer Reihe von Bestimmungen des Entwurfs über den Strafvollzug an Jugendlichen einen Sieg der christlich-sozialen Gedanken Widerstand. — Es ist den deutschen Frauen die Beschuldigung mit diesem, für die Jugend unseres Volkes so wichtigem Entwurf dringend aus Herz gelegt.

Gerichtsamt.

Was verbotener Ausfuhr und verdeckter Beamtenbestechen war der in Leipzig wohnende Handlungsbürochef in der Sitzung vom 15. November v. J. vom Amtsgericht Altenberg zu insgesamt 600 000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Riedl batte in Dresden verschiedene Sachen eingekauft, was aber damit bei Geisling angesetzt worden, als er nach seiner Heimat auftrat. Riedl legte eine Berufung ein mit dem Erfolge, daß die dritte Strafkammer die Geldstrafe wegen des Missverständnisses von einer halben Million Mark auf nunmehr 200 000 M. und diejenige wegen der verdeckten Beamtenbestechung von 100 000 M. auf gleichfalls die Hälfte verängerte. Bei der Eingliederung der Beschlagnahmten 70 000 Mark und 216 Kronen hat es ferner zu verbleiben.